

Prof. Wolfgang Stargardt, Cambridge,
Prof. Dr. Florian Tennstedt, Kassel,
Dr. Heinz Umrath, Amsterdam

Albert Kohn – ein Freund der Kranken

Rückblick auf das Wirken
eines frühen Kämpfers
für die Krankenversicherung



Vor 50 Jahren, am 15. 12. 1926, starb in Berlin der langjährige Direktor der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin *Albert Kohn*¹. *Kohn* war der deutschen Krankenkassenbewegung ein Wegbereiter wie wenige seiner Zeit, und sein Tod wurde über die Krankenkassenbewegung und Deutschland hinaus über Berufs-, Partei- und Verbandsgrenzen hinweg bedauert². Übereinstimmend wurde damals betont, daß *Albert Kohn* in der deutschen Krankenkassenbewegung unvergessen sein werde. Doch die nachfolgende politische Entwicklung hat verhindert, daß er heute noch allgemein bekannt ist. Auch ist zweifelhaft, ob man heute noch von einer „Krankenkassenbewegung“ sprechen kann.

1 Die Verfasser danken für Hinweise Frau Kati Riese, Hamburg, Frau Lea de Winter, Aerdenhout/Niederlande, und Herrn Dr. Bruno Cohn, Tel Aviv. Die Spuren des Lebens von *Albert Kohn* mußten relativ mühsam rekonstruiert werden, da eine Personalakte nicht überliefert ist; ebensowenig existiert ein geschlossener Nachlaß. Den Titel dieses Artikels entnehmen wir einem Nachruf von Rudolf Lennhoff aus der Vossischen Zeitung vom 18. 12. 1926, Nr. 589.

2 Im Hinblick auf die Einschätzung des Wirkens von *Albert Kohn* im Verhältnis zu dem anderer Persönlichkeiten aus der Krankenkassenbewegung sei verwiesen auf Tennstedt, Florian: Sozialgeschichte der Sozialversicherung, in: Blohmke, Maria u. a. (Hrsg.): Handbuch der Sozialmedizin, Bd. 3, Stuttgart 1975, S. 385–492. Die Beziehungen zwischen Arbeiterbewegung und Sozialversicherung sind bislang nur unzulänglich dargestellt worden. Vgl. neuerdings: Labisch, Alfons: Die gesundheitspolitischen Vorstellungen der deutschen Sozialdemokratie von ihrer Gründung bis zur Parteispaltung (1863–1917), Archiv für Sozialgeschichte 1976, S. 325.

Allerdings gibt es Anzeichen dafür, daß die Krankenkassenverbände sich angesichts der Kostenexpansion im Gesundheitswesen wieder stärker politisch „bewegen“ und die Kooperation mit den Sozialwissenschaften, insbesondere der Sozialmedizin suchen. So ist es durchaus angemessen, anlässlich seines 50. Todestages wieder an *Albert Kohn* und sein Wirken in der deutschen Krankenversicherung zu erinnern.

DOK 1976 S. 810

Doku-Nr. 150.0/719.1

Die Jugend Albert Kohns und sein Anschluß an die Handlungsgehilfenbewegung (1857–1893)

Albert Kohn wurde am 8. 10. 1857 in München geboren und wurde nach dem Besuch einer weiterführenden Schule Handlungsgehilfe, kaufmännischer Angestellter. Frühzeitig schloß er sich der damals noch in der Entwicklung begriffenen gewerkschaftlichen Bewegung junger Kaufleute an, die vermutlich seine Wanderjahre in Norddeutschland beeinflusste. Vor den ersten Auswirkungen des Sozialistengesetzes (1878) finden wir ihn in Berlin, wo er seine spätere Frau *Julie Rewald* kennenlernte. 1879 ist er in Hochheim bei Erfurt, 1881 in Hagen und danach, seit 1883, in Krefeld.

Es ist die Zeit des Sozialistengesetzes und die der stärksten Diskriminierung freigewerkschaftlich und/oder sozialdemokratisch orientierter Arbeitnehmer³. So waren diese „Wanderjahre“ durch Arbeitslosigkeit gekennzeichnet, und *Albert Kohn* versuchte, als Vertreter Schuhmacherbedarfsartikel zu verkaufen. Seine Frau verdiente durch Heimarbeit etwas dazu, verarbeitete Bänder zu Rosetten, nähte Fransen an Grabschleifen u. a. Die Wohnung war so klein, daß der 1879 geborene Sohn *Moritz* im fensterlosen Korridor schlafen mußte. Ihm folgten noch die beiden Töchter (*Emma* und *Marta*). Der 1884 geborene Sohn *Hermann* starb noch im Jahr seiner Geburt.

1890 wurde das Sozialistengesetz aufgehoben, und durch Vermittlung seiner Schwiegermutter erhielt *Kohn* die erste feste Anstellung in Berlin. Hier lernten die Kinder erstmals jüdische Bräuche kennen, denn bei *Kohn* und seiner Frau herrschte anstelle jüdischer Religiosität eine rein atheistisch-huma-

3 Über das System der „schwarzen Listen“ vgl. Saul, Klaus: Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich, Düsseldorf 1974, S. 83 ff. Allein der Verband Berliner Metallindustrieller kontrollierte von 1891 bis 1915 3 606 281 Arbeiter; über die Gründe, aus denen die Sperren erfolgten, informiert: Aus der Geheimpraxis eines Unternehmer-Arbeits-Nachweises. Ein Beitrag zur Arbeits-Nachweisfrage, Köln 1909.

nistische Atmosphäre vor, wie sie für die Arbeiterbewegung dieser Zeit typisch war; später schloß sich die Familie der Freireligiösen Gemeinde in Berlin um *Bruno Wille* an⁴.

In Berlin tritt *Albert Kohn* der am 10. 10. 1889 gegründeten „Freien Vereinigung der Kaufleute“ bei und wird Vertrauensmann der Berliner Handlungsgehilfen und -gehilfinnen; in dieser Funktion organisiert er Veranstaltungen, redigiert und verlegt Druckschriften dieses Berufszweiges⁵.

1893 kommt er dann über die Handlungsgehilfenbewegung in Berlin von seiner gewerkschaftspolitischen zur sozialpolitischen Tätigkeit im engeren Sinne: Am 20. 10. 1893 wird er Angestellter („Beamter“) der Ortskrankenkasse für Handlungsgehilfen und -lehrlinge in Berlin.

Exkurs: Die Arbeiterbewegung und die Selbstverwaltung in der Krankenversicherung

Zum Verständnis dieses Schrittes (vermutlich wurde *Albert Kohn* „delegiert“) ist ein kurzer Rückblick auf die Selbstverwaltung in der gesetzlichen Krankenversicherung notwendig⁶. Das „Gesetz betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter“ von 1883 war als „Zuckerbrot“ zur „Peitsche“ Sozialistengesetz gedacht, sollte die Repression durch Integrationsmaßnahmen flankieren und baute u. a. deshalb auf der Selbstverwaltung der Arbeiter auf. Die organisierten Arbeitnehmer lehnten

4 Vgl. über den Schriftsteller und Freidenker Bruno Wille (1860–1928) und seinen Friedrichshagener Kreis: Scherer, Herbert: Bürgerlich-oppositionelle Literaten und sozialdemokratische Arbeiterbewegung nach 1890. Die „Friedrichshagener“ und ihr Einfluß auf die sozialdemokratische Kulturpolitik. Stuttgart 1974. Die Bedeutung Albert Kohns war hier aber nicht zentral. Unklar ist die Rolle, die *Kohn* in der Bewegung der „Jungen“ bzw. der „Lokalist“ in den neunziger Jahren in Berlin möglicherweise spielte; auf jeden Fall unterhielt er bis in die zwanziger Jahre hinein freundschaftliche Beziehungen zu ehemaligen Vertretern beider Richtungen; vgl. zum sachlichen Hintergrund der „Jungen“: Müller, Dirk H.: Idealismus und Revolution. Zur Opposition der Jungen gegen den Sozialdemokratischen Parteivorstand 1890 bis 1894, Berlin 1975, zu dem der „Lokalist“: Bock, Hans Manfred: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918–1923, Meisenheim am Glan 1969, 23 ff.; schließlich sei erwähnt, daß die Familie *Kohn* um 1905 freundschaftliche Kontakte mit dem Kreis um Rudolf Steiner hatte, der damals den „Friedrichshagenern“ politisch nahestand.

5 Die gewerkschaftliche Bewegung der Handlungsgehilfen Berlins ist bislang am ausführlichsten dargestellt bei: Bernstein, Eduard: Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin 1910, S. 355 ff.

6 Hierzu erscheint demnächst eine ausführliche Monographie von Florian Tennstedt im Verlag der Ortskrankenkassen.

das Gesetz und die in ihm vorgesehene Selbstverwaltung aber weitgehend ab und traten verstärkt „freien Hilfskassen“, meist der Gewerkschaften, bei, die als „Ersatzkassen“ zugelassen waren und von der Mitgliedschaft in einer Zwangskasse befreiten. Hier hatten sie volle Selbstverwaltung und häufig auch eine günstige Beitrags-Leistungs-Relation.

Vorherrschend bei den Zwangskassen waren zunächst die auf das Berufsprinzip gegründeten „besonderen“ Ortskrankenkassen (so in Leipzig insgesamt 18: je eine für Metallarbeiter, für Verfertigung von Musikinstrumenten, für Buchbinder usw.). Diese schlossen sich aber bald zu größeren, leistungsfähigeren „allgemeinen“ Ortskrankenkassen zusammen, die das Berufsprinzip aufgaben und dann den Kampf gegen die Konkurrenz der freien Hilfskassen aufnahmen, der von Verwaltungsbehörden, Gerichten und schließlich, 1892, auch vom Gesetzgeber unterstützt wurde.

Daraufhin beginnt die in überwiegend sozialdemokratischen und etwa gleichzeitig vom Berufsprinzip abgehenden Gewerkschaften organisierte Arbeiterbewegung sich von der Gründung und Verwaltung der Hilfskassen zugunsten der Mitgliedschaft und Selbstverwaltung bei den Ortskrankenkassen abzuwenden. So beginnt die von allen tragenden Kräften des Kaiserreichs heftig befahrene „Herrschaft der Sozialdemokratie in der Krankenversicherung“⁷: Die Selbstverwaltung in der deutschen Krankenversicherung brachte der Arbeiterbewegung, statt ihr Anhänger zu nehmen und die Arbeiter in das herrschende System zu integrieren, Einfluß auf die ihr ansonsten strikt verschlossene (mittelbare) Staatsverwaltung. Die vornehmlich von Gegnern der Sozialdemokratie vielbeschriebenen Mißstände in der Verwaltung waren gering; langfristig sozialpolitisch bedeutsamer waren die zielstrebig verfolgten Leistungsverbesserungen im Rahmen der Selbstverwaltung sowie die Aufstiegsmöglichkeiten für gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die bei Staat und Industrie „schwarzgeschrieben“ waren: „Wie oft hat es uns von Herzen gefreut, wenn über irgendeine Anstellung bei Kassen einige Dutzend bürokratische Zöpfe ins heftigste Wackeln gerieten. In einem Staatswesen, in dessen öffentlichen Verwaltungen der Mensch ohne Rang und Examina nichts ist, besteht ein Zweig, wo die Beteiligten ohne Federle-

7 So der Titel der materialreichen, aber einseitigen Kampfschrift des Arztes Wilhelm Möller: Die Herrschaft der Sozialdemokratie in der deutschen Krankenversicherung, Berlin 1910, die der 1904–1918 bestehende „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ verlegte.

sen einen Schlosser, Tischler usw. als Beamten hinsetzen dürfen.“⁸

Gustav Schmoller urteilte: „Wo die Sozialdemokratie sich der Kassen durch die Wahlen bemächtigte, hat die Verwaltung nicht gelitten, ist das Interesse der Mitglieder lebendiger geworden. Es hat sich nur der Mißstand herausgebildet, daß eine kleine rührige Minorität alle Stellen besetzt und sie nicht nach der Fähigkeit, sondern nach dem Parteieifer als Belohnung für Parteidienste vergibt.“⁹

Albert Kohns Wirken in den Berliner Ortskrankenkassen (1893–1925)

Die Ortskrankenkasse für Handlungsgehilfen und -lehrlinge zu Berlin wurde vom Berliner Magistrat am 25. 11. 1892 gegründet. Das novellierte Krankenversicherungsgesetz vom 10. 4. 1892 ließ jedoch nur noch die Gründung von Ortskrankenkassen für Gewerbe- und Betriebsarten zu, nicht aber für bestimmte Personenkreise. So wurde diese Ortskrankenkasse durch Beschluß des Preußischen Oberverwaltungsgerichts im Jahre 1897 aufgelöst, und Albert Kohn wurde am 1. 1. 1898 Geschäftsführer der 1884 mit 6000 Mitgliedern gegründeten Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker zu Berlin.

Eduard Bernstein schreibt in seiner Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung: „Einen großen Erfolg erkämpften im Jahre 1897 die im Geist der Arbeiterbewegung wirkenden Handlungsgehilfen bei der Delegiertenwahl für die Ortskrankenkasse der Apotheker, Kaufleute usw. Berlins. Die Ortskrankenkasse für Handlungsgehilfen, die bis dahin neben jener Kasse bestanden hatte, war aufgelöst worden, und es galt nun, Einfluß auf die Verwaltung der erstgenannten Kasse zu gewinnen. Zu diesem Zwecke gingen die Mitglieder der Vereinigung gemeinsam mit den Mitgliedern der Berliner Ortsstelle des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter vor und erreichten es, daß die mit ihnen vereinbarte Delegiertenliste die große Mehrheit der Stimmen erhielt. Die Ortskrankenkasse für Kaufleute, Handelsleute und Apotheker ist die größte Ortskrankenkasse Deutschlands, sie war im Jahre 1905 auf über 90 000 Mitglieder angewachsen und hat unter der Leitung des bald darauf zum Rendanten der Kasse

gewählten Vertrauensmannes der Handlungsgehilfen Albert Kohn und anderer den Interessen der Angestellten ergebenden Personen ganz Bedeutsames auf dem Gebiet der Sozialpolitik, speziell auch der Hygiene für ihre Mitglieder geleistet ... Bei den Erneuerungswahlen von 1902 erhielt die Liste der beiden gewerkschaftlichen Verbände 2322, die der vereinten Gegner aber nur 1057 Stimmen.“¹⁰

Am 31. 3. 1905 erschien in der „Staatsbürgerzeitung“ ein gegen den sozialdemokratischen Einfluß in dieser Krankenkasse gerichteter Artikel, der polizeiliche Recherchen veranlaßte¹¹. Diese ergaben, daß seit 1897 sämtliche Arbeitnehmervertreter dem Vorstand der SPD angehörten und nachweisbar von den 99 Beamten nur 18 nicht der SPD angehörten, andererseits konnten aber auch nur 20 Beamte als Anhänger der SPD ermittelt werden; direkt genannt wurden der Sohn des Reichstagsabgeordneten Wilhelm Pfannkuch¹², der Schwiegersonn des Reichstagsabgeordneten Fritz Zubeil¹³ und Rudolf Lange¹⁴.

Der Magistrat der Stadt Berlin als Aufsichtsbehörde sah sich deswegen aber nicht zum „Einschreiten“ genötigt, sondern erwiderte dem Polizeipräsidium: „Mag es auch zutreffend sein, daß die Kassenbeamten sich vielfach mit öffentlichen, den eigentlichen Aufgaben der Kassen fremden Dingen befassen, so würde hieraus für die Aufsichtsbehörde weder ein Anlaß noch auch die Möglichkeit zum Eingreifen gegeben sein, sofern nicht nachgewiesen wird, daß die Verwaltung der Kasse nicht in ordnungsmäßiger Weise geführt wird. Dies trifft aber gerade bei der in der Zeitungsnotiz erwähnten Ortskrankenkasse der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker nicht zu, die sich durch eine ordnungsmäßige Leitung der

Geschäfte und durch das Bestreben des Vorstandes, die Kassenleistungen zu Gunsten der Mitglieder immer förderlicher zu gestalten, besonders hervor- tut.“¹⁵

1914, nach Inkrafttreten des Buches „Krankenversicherung“ der Reichsversicherungsordnung, wurde die von Albert Kohn geleitete Krankenkasse mit der kleineren Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin zusammengelegt, und Kohn wurde am 1. 1. 1914 Direktor der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin, seither die größte Krankenkasse im Deutschen Reich; sie zählte 500 000 Mitglieder und 500 Beschäftigte. Diese Funktion hatte Kohn bis 1925 inne. Daneben war er noch (von 1905 bis 1925) Beisitzer des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, dem wichtigsten Vorgänger des heutigen Bundesverbandes der Ortskrankenkassen. Im Rahmen seiner Mitgliedschaft bei der SPD beriet er Parteivorstand und Reichstagsfraktion bei sozialpolitischen Anträgen im Reichstag; besonders verbunden blieb er auch der freigewerkschaftlichen Bewegung: Seine Freunde waren meist Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (AfA) bzw. des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (AfA-Bund); die Jüngeren bezeichneten ihn als „Vater Kohn“¹⁶.

15 Zentrales Staatsarchiv, Potsdam, Reichsministerium des Innern, Arbeiterversicherung, Nr. 4 adh. 11, Bd. 4 (Nr. 890), Bl. 192–195 R, 294–295, Schreiben des Magistrats der Stadt Berlin vom 22. 7. 1905; im Staatsarchiv Potsdam in Potsdam konnten leider keine die Krankenkassenbewegung oder Albert Kohn betreffenden Aktenbestände ermittelt werden. Gleiches gilt für das Zentralarchiv des FDGB und die Verwaltung der Sozialversicherung des FDGB-Bezirksvorstandes Berlin (frdl. Auskunft des FDGB-Bundesvorstandes, Verwaltung der Sozialversicherung vom 6. 10. 1976).

16 So eine Mitteilung von Siegfried Aufhäuser (1884–1969) über ihn: Heyde, Ludwig [Hrsg.]: Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, Bd. 1, Berlin 1931) an Frau Kohn im Kondolenzschreiben vom 18. 12. 1926; von dem durch überlieferte Dokumente nachweisbaren Bekannten- und Freundeskreis von Albert Kohn seien genannt
1. aus dem Kreise der Gewerkschaftler und Politiker: Gustav Bauer (1870–1944), 1915–1919 Vorsitzender der AOK Berlin, 1919–1922 naheinander: Reichsarbeitsminister, Reichskanzler, Reichsschatzminister, Reichsverkehrsminister und Vizekanzler, Robert Schmidt (1864–1943), 1919–1920 Reichsernährungs- bzw. als Reichswirtschaftsminister, 1921–1922 Reichswirtschaftsminister, 1923 Vizekanzler und Minister für Wiederaufbau, 1929–1930 Wirtschaftsminister, Otto Braun (1872–1955), 1899–1911 Direktor der AOK Königsberg, 1920–1932 preußischer Ministerpräsident, Paul Hirsch (1868–1940), 1920 preußischer Ministerpräsident, 1921–1925 stellv. Bürgermeister Charlottenburgs, 1925–1935 Bürgermeister von Dortmund; vgl. Osterroth, Franz: Biographisches Lexikon des Sozialismus, Bd. 1, Hannover 1960, Hermann Müller (Lichtenberg) (1868–1932), führender Sozialpolitikexperte des ADGB in der Weimarer Republik (über ihn: Heyde, Ludwig [Hrsg.]: Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, Bd. 2, Berlin 1931);
2. aus dem Kreise der Ärzte (sofern nicht nachfolgend genannt): Ferdinand Blumenthal (1870–?), Leiter des Instituts für Krebsfor-

10 Bernstein, Eduard: Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin 1910, S. 365.

11 Zentrales Staatsarchiv, Potsdam, Reichsministerium des Innern, Arbeiterversicherung, Nr. 4 adh. 11, Bd. 4 (Nr. 890), Bl. 192 ff.

12 Pfannkuch, Wilhelm (1841–1923), 1884–1887, 1898–1906 und 1912–1918 MdR, seit 1894 Mitglied des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie; vgl. über ihn: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Biographisches Lexikon, Berlin 1970, S. 363 f.
13 Zubeil, Fritz Karl (1848–1926), Tischler, Expedient des „Vorwärts“, Schulbesuch in Grünberg, 1863–1866 Tischlerlehre, 1872–1890 Tischler in Berlin, als Sozialdemokrat gemäßregelt, gab er das Handwerk auf und wurde Gastwirt, er war Delegierter der Gewerkschaftskongresse in Frankfurt, Gotha, Braunschweig, Halle und Brüssel, MdR 1893–1918 SPD/USPD, 1919–1920 USPD, 1920–1926 USPD/SPD.

14 Rudolf Lange (1873–1914); vgl. über seine Rolle in der deutschen anarchistischen Bewegung die Darstellung von: Linse, Ulrich: Organisierte Anarchismus im Deutschen Kaiserreich von 1871. Berlin 1969. Rudolf Lange war 1903 Bezirksvertrauensmann der Berliner Handlungsgehilfen und -gehilfinen.

8 Deutsche Krankenkassen-Zeitung 1906, S. 121.

9 Schmoller, Gustav: Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre, Bd. 2, Leipzig 1920, S. 419.

Seine politische Tätigkeit, u. a. auch mögliche Kontakte zur englischen Arbeiterbewegung und der Fabian Society, harrt noch genauerer Forschungstätigkeit. Gleiches gilt für seine Mitarbeit in der Deutschen Gartenstadt-Gesellschaft (Kohn war einer der Mitbegründer der Gartenstadt Falkenberg bei Grünau), beim Deutschen Verein für Wohnungsreform, beim Bürgerausschuß Groß-Berlin, beim Verein zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Im Kontext seiner Bemühungen für die Wohnungsreform erhielt er auch offizielle Einladungen nach Großbritannien und Mexiko, wovon er ersterer Folge leistete.

Albert Kohn als Vorkämpfer prophylaktischer Maßnahmen der Krankenversicherung

Hier sei vor allem der wohl aktuellste Aspekt seines Wirkens dargestellt: seine Rolle als Vorkämpfer der Sozialhygiene und Initiator prophylaktischer Maßnahmen der Krankenversicherung („vorbeugende Fürsorge“) und sein damit verbundenes Wirken als führender Kopf der Krankenkassenbewegung, der versuchte, wissenschaftliche Ergebnisse in die Praxis umzusetzen, anzuwenden und jene selbst zu vermehren.

Diese Praxis muß vor historischen Tatsachen gesehen werden:

1. Die Krankenversicherung hatte bis in die Weimarer Republik hinein ihre primäre Aufgabe in der Sicherung der Mitglieder gegen die finanziellen Folgen der Krankheit (Verdienstaustausch); die Barleistungen standen im Vordergrund. Die Reichweite der ärztlichen Behandlung um die Jahrhundertwende schätzte 1899 selbst ein Ausschuß der preußischen Ärztekammer skeptisch ein: „Weit aus der größte Teil der jetzt in ärztliche Behandlung tretenden Mitglieder der Kranken- und der Unfallversicherungskassen hat früher kaum jemals einen Arzt in Anspruch genommen, ohne daß ihnen dadurch eine dauernde

Gesundheitsschädigung erwachsen wäre.“¹⁷

2. Infektionskrankheiten waren in der Zeit des Wirkens von *Albert Kohn* die vorherrschenden Volkskrankheiten; von allen Infektionskrankheiten war die Tuberkulose die bedeutsamste: Sie nahm in jeder Krankenkassen- (Arbeitsunfähigkeits-), Invaliditäts- oder Sterblichkeitsstatistik den ersten oder zweiten Platz ein. Um 1900 kam auf 2 bis 3 v. H. der städtischen Bevölkerung aktive Tbc. Auf 1000 männliche versicherungspflichtige Mitglieder der Leipziger Ortskrankenkasse kamen 1887/1906 durchschnittlich 27,67 durch Tbc verursachte „Krankmeldungen“ mit 1272,4 Krankheitstagen. Bei der Verbreitung der „Proletarierkrankheit“ Tuberkulose war aber vor allem festzustellen, daß sie „aufs engste mit wirtschaftlichen, sozialen, beruflichen Verhältnissen zusammenhängt, ja, daß allein diesen Verbesserungen und Maßnahmen die Hauptbedeutung zukommt“.¹⁸

3. Vor dem 1. Weltkrieg wurde die Wohnungsfrage vielfach als das wichtigste sozialhygienische Problem bezeichnet. Allerdings war ein exakter Nachweis, daß gerade die Wohnung zu Krankheiten führt oder ihre Entstehung begünstigt, oft schwer zu führen, weil schlechte Wohnungsverhältnisse in der Regel mit vielen sonstigen Erscheinungen des sozialen Elends verbunden waren. Immerhin war sicher, daß die hohe Dichte der Wohnungsbelegung (erst bei sechs oder mehr Personen auf ein heizbares Zimmer galt amtlich eine Wohnung als „überfüllt“) für die Krankheitsübertragung bzw. -disposition noch mehr entscheidend war als die Wohnungsbeschaffenheit (Feuchtigkeit, Lichtarmut). Die große Wohndichte wirkte sich vor allem auf die Verbreitung der akuten Infektionskrankheiten Scharlach, Diphtherie, Ruhr, Typhus usw., aber auch Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten fördernd aus.¹⁹

18 Die Literatur zur Geschichte der Tuberkulose ist fast unübersehbar; hingewiesen sei nur auf: Teleky, Ludwig: Die Tuberkulose, in: Gottstein, Adolf u. a. (Hrsg.): Handbuch der sozialen Hygiene und Gesundheitsfürsorge, Bd. 3, Berlin 1926, S. 115; auf Tuberkulose als möglichen Gegenstand der Sozialgeschichtsschreibung hat neuerdings hingewiesen: Blasius, Dirk: Geschichte und Krankheit, Geschichte und Gesellschaft 1976, 386; historisch-komparativ gesehen hat Eric de Winter darauf hingewiesen, daß die Krankheitsverbreitung (the pattern of disease) in den heutigen Entwicklungsländern mit der in Europa vor 50–70 Jahren prinzipiell ähnlich ist, wobei er sich auf Darstellungen Albert Kohns bezieht (Winter, Eric de: Health Services in a District Hospital in Malawi, Assen: van Gorcum 1972, S. 2).

19 Korff-Petersen, Arthur: Die Wohnung als Grundlage der Gesundheitsfürsorge, in: Gottstein, Adolf u. a. (Hrsg.): Handbuch der sozialen Hygiene und Gesundheitsfürsorge, Bd. 5, Berlin 1927, 146 ff. Vgl. auch Niethammer, Lutz, und Franz Brüggemeier: Wie wohnten Arbeiter im Kaiserreich?, Archiv für Sozialgeschichte, 1976, S. 61. Umrath, Heinz: Arbeiter-

Von hier aus – einer „an sich“ auf Barleistungen abgestellten Krankenversicherung und einer im Entstehen begriffenen sozialhygienischen Wissenschaft, die sich gegen den Widerstand der medizinischen Fakultäten etablierte und die sozialen Bedingungen der Volkskrankheiten erforschte – müssen die Leistungen *Albert Kohns* gesehen werden, die nur in der Berliner Arbeiter-Sanitätskommission ein Vorbild hatten.

1893 hatte die im Jahr zuvor gegründete Arbeiter-Sanitätskommission nach Vorschlägen von *Ignaz Zadek sen.*²⁰ und *Alfred Blaschko*²¹ eine Erhebung über Wohnungsverhältnisse Berliner Arbeiter vorgenommen und veröffentlicht, deren Sorgfalt und Sachlichkeit allgemein anerkannt wurde und vielfach zur „Abstellung“ führte²². Diese Enquete blieb aber ein Einzelfall; erst 1899 berichteten *Wolf Becher* und *Rudolf Lennhoff*²³ auf dem Kongreß zur Bekämpfung der Tbc als Volkskrankheit in Berlin über die Wohnungsverhältnisse

bewegung und Wohnungsbau in Europa, Brüssel 1953.

20 Zadek, Ignaz (1858–1931), Arzt, Schulbesuch in Posen, Studium der Medizin in Berlin, während des Studiums Mitglied im Berliner Mohrenclub, einer Begegnungsstätte zwischen Studenten und Sozialdemokraten, 1880 Promotion, 1881 Approbation, 1882 Schiffsarzt beim Norddeutschen Lloyd, 1883 Assistenzarzt am jüdischen Krankenhaus in Berlin, 1892–1911 Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung (SPD), 1912 fand unter seiner Führung der organisatorische Zusammenschluß der sozialdemokratischen Ärzte statt. Mit Albert Kohn setzte er es durch, daß die Betreuung der Geschlechtskranken in der Krankenversicherung auf eine neue Grundlage gestellt wurde, später wandte er seine besondere Aufmerksamkeit der Gewerbehygiene, der Erforschung und Bekämpfung der gewerblichen Berufskrankheiten zu. Viele Anregungen und Anträge zum kommunalen Gesundheitswesen wurden nach 1918 in Berlin verwirklicht. Ignaz Zadek war der Schwager von Eduard Bernstein, seine Schwester die Schwiegermutter von Benno Chajes.

21 Blaschko, Alfred (1858–1922), Hautarzt, Studium in Berlin, Promotion 1881, ärztliche Tätigkeit in Berlin und Wien, 1888 Habilitation für Dermatologie in Berlin, auf diesem Gebiet lag sein Hauptarbeitsgebiet. Sein späteres Arbeitsgebiet (u. a. an einer Poliklinik) war die Prophylaxe der Geschlechtskrankheiten. Er war der erste Generalsekretär der 1902 gegründeten Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und 1916–1922 Vorsitzender dieser Vereinigung. Aufgrund der Aktivitäten dieser Gesellschaft wurde es 1903 durch Gesetzesnovellierung den Krankenkassen möglich, auch die Behandlung von Geschlechtskrankheiten in den „Katalog“ der Sachleistungen aufzunehmen (vgl. über ihn: Chajes, Benno: Alfred Blaschko †, Zeitschrift für Soziale Hygiene, Fürsorge- und Krankenhauswesen, 1921/1922, S. 338).

22 Vgl. darüber Bernstein, Eduard: Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin 1910, S. 382 ff.

23 Lennhoff, Rudolf (1866–1932), Studium in Berlin und Kiel, 1893 Promotion, 1893–1894 Poliklinik für innere Krankheiten, Mitglied des Reichsgesundheitsrates und des preußischen Landesgesundheitsrates, Dozent an der sozialhygienischen Akademie Charlottenburg (1909 Titularprofessor), mit Wolf Becher (1862–1906) gründete er die Walderholungsstätten, nach ihm ist der Lennhoffsche Körperindex benannt.

schung an der Universität Berlin und Generalsekretär des Deutschen Zentralkomitees zur Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheiten, und Alfred Grotjahn (1869–1931), vgl. Anm. 30; aus dem Kreise der sozialistischen Ärzte: Ernst Simmel (1882–?), der Frauenarzt Ferdinand Mainzer und Karl Kollwitz (1863–1940), Ehemann der Grafikerin Käthe Kollwitz, sowie Julius Moses (1868–1942); vgl. über ihn: Nemitz, Kurt: Julius Moses. Nachlaß und Bibliographie, Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1974, S. 219.

17 Denkschrift betr. die Stellung der Ärzte zu den Krankenkassen (verfaßt vom Ausschuß der preußischen Ärztekammer) vom 25. 8. 1899, Ärztliches Vereinsblatt, 1899, S. 364 (365).

tuberkulöser Arbeiter²⁴. *Albert Kohn* erhielt dadurch aber entscheidende Anregungen: Von 1902 bis 1922 ließ er durch die Krankenkontrollure, deren Aufgabe es bisher lediglich war, Verfehlungen gegen die Krankenkassenordnung nachzuspüren, der Ortskrankenkasse der Kaufleute in Berlin bzw. der Allgemeinen Ortskrankenkasse Erhebungen (u. a. mit Fotos) über die Wohnverhältnisse der Kranken durchführen. Am 24. 4. 1902 lobte der Präsident des Reichsversicherungsamtes die Kasse ausdrücklich: Der Vorstand habe sich um die Mitglieder der von ihm vertretenen Krankenkasse wohlverdient gemacht.

Das Material diente fortan als vielgerühmtes und vielbenutztes Quellenwerk zur Beweisführung und Illustration sozialhygienischer Abhandlungen und entsprechender sozialpolitischer Forderungen, wurde als vorbildlich gerühmt und trug zur Verbesserung der Arbeiterwohnverhältnisse in Berlin bei²⁵. Allerdings führte es auch zu Gegenreaktionen des Bundes der Berliner Grundbesitzer-Vereine²⁶, und am 4. 3. 1907 beschloß der Preußische Landesverband der Haus- und Grundbesitzer-Vereine, sich mit dem Hinweis auf die Unzulässigkeit der Verwendung von Kassengeldern für derarti-

ge, außerhalb der gesetzlichen Aufgaben der Krankenkassen liegende Maßnahmen an die Aufsichtsbehörde zu wenden. Die Gewerbedeputation des Berliner Magistrats lehnte jedoch am 24. 8. 1907 ein Einschreiten gegen den Kassenvorstand ab, und der Oberpräsident der Provinz Brandenburg wies die gegen diesen Bescheid eingelegte Beschwerde am 29. 11. 1907 zurück. Am 6. 1. 1910 bestätigte dann das Königlich Preußische Oberverwaltungsgericht die Entscheidung des Bezirksausschusses und machte in der Urteilsbegründung bemerkenswerte Ausführungen über die Verwendung der Krankenkassenmittel zu sozialhygienischer Forschung im Interesse einer verbesserten Praxis: „Es ist nicht zu verkennen, daß die Feststellung der Wohnungsverhältnisse der erkrankten Mitglieder, wenn sie zu dem Zwecke der Prüfung auf die Krankheit erfolgt, eine zulässige Tätigkeit der Kassenorgane in sich schließt. Auch läßt sich nicht bestreiten, daß die Mitteilung der Ergebnisse der Untersuchung über die Wohnungsverhältnisse und Krankheitsfälle innerhalb der Aufgaben der Krankenkassen an sich liegt. Durch diese Mitteilung wurde ja die Möglichkeit einer Belehrung der Kassenmitglieder und besseren Behandlung der Krankheitsfälle gewährleistet.“

Das Gericht wendete sich dann aber gegen den nicht nur wissenschaftlichen, sondern auch gleichzeitig politischen Charakter der Enqueten und führte aus, daß es über die Ziele der Krankenkassen weit hinausginge, politische Schriften zu veröffentlichen. Gleichartige Untersuchungen veranstalteten danach auch andere Allgemeine Ortskrankenkassen, u. a. die in Breslau und Magdeburg. *Albert Kohn* selbst plante 1912 auch noch eine gleichlaufende Ernährungsenquete²⁷; dieser Plan wurde aber nicht ausgeführt.

Kohn wirkte sodann für die kurative Bekämpfung der Tuberkulose als Förderer des Gedankens der Erholungs- und Genesungsheime im „Hauptverband deutscher Krankenkassen“; die AOK Berlin gründete als erste Krankenkasse eine Lungenheilstätte in Müllrose, einem Städtchen in der Nähe von Frankfurt/O. Soweit ersichtlich, arbeitete *Kohn* in Fragen der Sozialhygiene, insbesondere der Tuberkulosebekämpfung, zunächst eng mit den Ärzten *Ignaz Zadek sen.* und *Raphael Friedeberg*²⁸ zusammen, die ebenfalls kommunalpolitisch tätig waren. Im Hinblick auf die Bekämpfung des Alkoholismus und der Geschlechtskrankheiten dürfte auch *Alfred Blaschko* einflußreicher Ratgeber und Freund gewesen sein.

Gleichfalls schon im Kaiserreich war *Kohn* mit *Benno Chajes*²⁹ befreundet, der 1932, nach dem Tode *Alfred Grotjahn*³⁰, den 1920 in Berlin

schlesien (im Sommer) und in Ascona/Schweiz (im Winter), 1931 vollständige Übersiedlung nach Ascona, wo er 1933 sozialdemokratische Emigranten, u. a. den preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun, aufnahm.

29 Chajes, Benno (1880–1938), Schulbesuch in Danzig, Studium der Medizin in Berlin und Freiburg, 1903 Promotion, Spitaldienst- und Assistentenzeit in Berlin an der III. medizinischen Klinik der Charité (Senator) sowie bei *Alfred Blaschko* und *Goldschmidt* und in Paris am Hôpital St. Louis. 1919 wurde er Dozent, 1930 o. Hon. Prof. für Gewerbe- und soziale Hygiene an der Berliner Technischen Hochschule, 1932 wurde er als beamteter a. o. Professor Nachfolger von *Alfred Grotjahn* an der Berliner Universität als Direktor des Sozialhygienischen Seminars, 1933 emigrierte er nach Palästina und wurde Gründer und Mitinhaber des Assutah-Krankenhauses in Tel Aviv. Die wissenschaftlichen Arbeiten von *Benno Chajes* betreffen die Gebiete Dermatologie, Gewerbe- und Sozialhygiene. In Tel Aviv gründete er außerdem noch die private Krankenversicherungsgesellschaft „Shiloah“, die inzwischen zu einer anerkannten und sehr erfolgreichen Versicherungsgesellschaft angewachsen ist.

30 Grotjahn, Alfred (1869–1931), Schulbesuch in Schladen und Wolfenbüttel, Studium der Medizin in Kiel, Leipzig und Berlin, 1896–1915 prakt. Arzt in Berlin, nach Soziologiestudium bei *Ferdinand Tönnies* in Kiel besuchte er 1901 und 1902 noch die Seminare von *Gustav Schmoller*, 1898 erschien sein erstes sozialwissenschaftliches Werk über Alkoholismus, bei dem er versuchte, die hygienische Darstellung zu einer sozialhygienischen zu erweitern, 1912 Veröffentlichung der „Sozialen Pathologie“, der grundlegende „Versuch einer Lehre von sozialen Beziehungen der menschlichen Krankheiten als Grundlage der sozialen Medizin und sozialen Hygiene“, 1912 habilitiert und Leiter der neu errichteten sozialhygienischen Abteilung am Hygienischen Institut der Universität Berlin, 1915 Abteilungsvorsteher im Medizinalamt der Stadt Berlin, 1918 ärztlicher Direktor des städtischen Heilstättenamtes, 1920 o. Professor für soziale Hygiene in Berlin, Mitglied des Reichsgesundheitsrates und des Preußischen Landesgesundheitsrates, 1920–1924 Mitglied des Reichstages (SPD). Neben sozialen Krankheitsursachen galt die wissenschaftliche Arbeit von *Alfred Grotjahn* Fragen der Bevölkerungspolitik und der Sozialversicherung. Vor allem wirkte er mit an dem Ausbau der Gesundheitsfürsorge durch Gemeinden, Krankenkassen und Arbeitsgemeinschaften und wandte sich gegen eine Fehlein- bzw. Überschätzung der Heilstättenfolge. Stets stand er den Krankenkassen mit Rat und Tat zur Verfügung, als Dozent für Soziale Hygiene gehörte er dem Kollegium der „Verwal-

24 Dettweiler, Peter: Kongreß zur Bekämpfung der Tbc als Volkskrankheit, Berlin 1899.

25 Als Beispiel sei nur die ausführliche Würdigung von *Erich Wernicke* genannt (Abschnitt: Die Wohnung in ihrem Einfluß auf Krankheit und Sterblichkeit, in: *Mosse, Max und Gustav Tugendreich: Krankheit und soziale Lage*, München 1913, S. 45). Interessant auch die Mitteilung von *Benno Chajes* (Kompendium der sozialen Hygiene, 2. Aufl., Berlin 1923, S. 48): „In Preußen ist durch das Wohnungsgesetz vom 1. 4. 1918 eine örtliche Wohnungsaufsicht durch die Gemeinden obligatorisch geworden. Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern haben zur Durchführung der Wohnungsaufsicht ein Wohnungsamt zu errichten und für diesen Dienstzweig geeignete Personen einzustellen. Gemeinden von 50 bis 100 000 Einwohnern kann durch die Aufsichtsbehörde die Errichtung eines solchen Wohnungsamtes vorgeschrieben werden, während bei Gemeinden von 10–50 000 Einwohnern die Anstellung besonderer sachkundiger beamteter Wohnungsaufseher vorgeschrieben werden kann. Die besondere Aufmerksamkeit der Wohnungsaufsicht wird auf die kleinen Mietswohnungen gelenkt, ferner auf die Maßnahmen, die zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter getroffen worden sind. Gemeindebehörden und Wohnungssämer sollen unvermutete Besichtigungen vornehmen, um etwaige Mängel festzustellen und auf ihre Beseitigung hinzuwirken. Gegebenenfalls sollen dabei auch die Kreiswohlfahrtsämter mitwirken, wobei die Hinzuziehung der Kreisärzte zweckmäßig sein dürfte. Auf die Mitwirkung der Krankenkassen, deren Bemühungen z. B. durch die grundlegenden, wiederholt erwähnten Untersuchungen *Albert Kohns* heute allgemein anerkannt sind, wird dabei – zumal in kleineren Gemeinden ohne berufsmäßige Wohnungsaufsichtsbeamte – besonderes Gewicht gelegt, wie aus dem Erlaß des preußischen Staatskommissars für das Wohnungswesen vom 30. 1. 1919 hervorgeht.“

26 Die folgende Darstellung nach *Möller, Wilhelm: Die Herrschaft der Sozialdemokratie in der deutschen Krankenversicherung*, Berlin 1910, S. 421 ff.

27 Vgl. den bereits ausgearbeiteten Fragebogen, abgedruckt in: *Deutsche Krankenkassen-Zeitung*, S. 301.

28 *Friedeberg, Raphael* (1863–1940), Schulbesuch in Tilsit, Studium der Medizin in Königsberg, 1887 wegen Begünstigung sozialdemokratischer Bestrebungen relegiert, 1888–1890 Hauslehrer in Berlin, 1890 infolge „unzweideutiger Beweise seiner nachhaltigen Besserung und ernststen Lebensführung“ zur Immatrikulation in Berlin zugelassen, 1895–1911 Arzt in Berlin, Mitarbeiter des „Sozialistischen Akademiker“, 1897 Mitglied der Preßkommission für die „Sozialistischen Monatshefte“, 1899–1901 Referent auf den Jahresversammlungen des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich, entscheidender Ratgeber bei den sozialhygienischen Bestrebungen der Ortskrankenkassen, 1900–1904 SPD-Stadtverordneter in Berlin (Mandatsniederlegung), seit 1903 aufgrund des gemeinsamen Antiparlamentarismus Kontakte mit der (syndikalistischen) „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“, 1904 und 1905 offene Agitation für den Massen- und Generalstreik, 1907 Ausschluß aus der SPD, weiterhin Arzt von *August Bebel* und *Karl Kautsky*, 1911 Kurarzt in Bad Kudowa/Nieder-

eingerrichteten ersten Lehrstuhl für soziale Hygiene im Deutschen Reich erhielt. Die Einzelheiten harrten hier ebenso noch der wissenschaftlichen Erforschung wie das Wirken Kohns zugunsten der Familienversicherung und des Mutterschutzes, bei dem er mit Paul Maye³¹ zusammenarbeitete. Als äußeres Zeichen für die Bedeutung, die Kohn schon 1908 zugemessen wurde, sei der Besuch des späteren britischen Premierministers David Lloyd George in Deutschland erwähnt. Dieser wurde im Frühjahr 1908 unter Herbert Asquith Schatzkanzler und war schon damals eine bedeutende Kraft der liberalen Regierung; vor allem führte er eine große Sozialreform nach deutschem Vorbild durch (Alterspensionsgesetz von 1908, Zwangsversicherung gegen Krankheit und Arbeitslosigkeit 1911)³². Vom 21. bis 25. 8. 1908 hielt er sich in Frankfurt, Berlin und Hamburg auf, um die deutsche Sozialversicherung „vor Ort“ zu studieren. Hier befragte er nicht nur die kaiserlichen Beamten aus dem Reichsamt des Innern, sondern auch die offiziell als Reichsfeinde diskriminierten Sozialdemokraten Eugen Simanowski³³ und Albert Kohn.

tungsschule deutscher Krankenkassen“ seit deren Gründung an, sein indirekter Einfluß ist nicht abzuschätzen.

- 31 Maye, Paul (1846–1920), Statistiker, stammte aus einer Hugenottenfamilie, Studium in Lausanne, Berlin, Leipzig (Naturwissenschaften, Medizin, Volkswirtschaft, Völkerrecht), nach Veröffentlichungen über japanische Staatsschuld und Gebäudeversicherung (1878) erhielt er eine Professur an der Universität Tokio und wurde Berater des Japanischen Finanz- und Landwirtschaftsministeriums, sein 1888 veröffentlichter Vorschlag zur „Landwirtschaftlichen Versicherung in organischer Verbindung mit Sparanstalten, Bodenkredit und Schuldenablösung“ wurde weitgehend verwirklicht und besserte die Lage der japanischen Reisbauern, 1894–1901 gehörte er dem Kaiserlichen Statistischen Amt an, wo er u. a. die Statistik der Krankenversicherung bearbeitete. Seinem Bemühen ist es zu verdanken, daß die Reichsbehörde Sondermittel zur Sondererhebung über die „Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse“ der damals größten Ortskrankenkasse (Leipzig und Umgebung) zur Verfügung stellte. Daraus entstand das ebenso klassische wie einzigartige Werk der Medizinalstatistik, das Aufschlüsse gab über die Zusammenhänge zwischen Geschlecht, Beruf, Lebensalter usw. einerseits und Morbidität und Mortalität andererseits. Er war Begründer und Vorsitzender der Berliner Gesellschaft für Sozialhygiene. Seit den achtziger Jahren setzte sich Maye für den Mutterschutz ein (als die wenigsten wußten, was darunter zu verstehen ist) und forderte im „Deutschen Bund für Mutterschutz“ und der „Deutschen Gesellschaft für Mutter und Kindesrecht“ umfangreiche Unterstützung der Schwangeren, Wöchnerinnen und Stillenden, insbesondere auch der unehelichen Mütter. Von daher resultierte seine Zusammenarbeit mit den Ortskrankenkassen. Ein Plan von ihm zur Errichtung von Kriegskrankenkassen gab den entscheidenden Anstoß zur Einführung der Kriegswochenhilfe.
- 32 Vgl. Gilbert, Bentley B.: The Evolution of National Insurance in Great Britain. The Origins of Welfare State, London: Michael Joseph 1966; Walter, H. A.: Die neuere englische Sozialpolitik. Mit einem Geleitwort des englischen Schatzkanzlers D. Lloyd George, München 1914.

Die „Deutsche Krankenkassen-Zeitung“ berichtete, daß Kohn auf die Frage von Lloyd George nach erwünschten Verbesserungen in der Krankenversicherung eine obligatorische Familienversicherung wünschte und weiter vorschlug, die jetzt noch fakultativen Leistungen einzelner Krankenkassen für Mitglieder in obligatorische auszudehnen sowie den Krankenkassen das Recht zu geben, Mittel für vorbeugende Maßnahmen aufzuwenden. Im Hinblick auf die Arbeitslosenversicherung empfahl Kohn das Genter System³⁴.

In der Weimarer Republik fand die Sozialhygiene erstmals allgemeine politische Anerkennung; fast alle führenden Mitglieder der „sozialhygienischen Bewegung“ waren in amtlicher Stellung und politischen Gremien tätig; erstmals kann man von einem Versuch sprechen, neben und in der Sozialpolitik auch Gesundheitspolitik zu betreiben. Für das Wirken Kohns brachte diese Zeit weitere Anerkennung und Ausdehnung des Wirkungskreises. Das bedeutsamste Ereignis aber war die Gründung der Ambulatorien in Berlin während des Ärztestreiks. Albert Kohn kann man mindestens als ihren geistigen Vater bezeichnen, von dem aber auch die entsprechenden organisatorischen Anregungen ausgingen³⁵.

- 33 Simanowski, Eugen (1858–1922), Maurer, nach Wanderjahren 1885 nach Berlin, gewerkschaftliche und sozialdemokratische Betätigung, Mitglied des Parteivorstandes der Berliner SPD, Vorstandsmitglied der Berliner Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe, 1887 Schiedsgerichtsbeisitzer für Arbeiterversicherung, 1897 Mitglied des Reichsversicherungsamtes, 1895 stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses der LVA Berlin, Gründer der freien Vereinigung der Krankenkassen der Provinz Brandenburg, Geschäftsführer des Verbandes der Krankenkassen Berlins, der aus der 1896 auf Anregung von Raphael Friedberg durch Simanowski und Albert Kohn gegründeten „Zentralkommission der Krankenkassen Berlins“ hervorging. Simanowski veranstaltete mit Hilfe der „Zentralkommission“ zwischen 1899 und 1911 sechs Kongresse der Krankenkassen Deutschlands, bei denen alle Krankenkassenzweige vertreten waren. Sie galten sowohl sozialhygienischen wie sozialversicherungspolitischen Themen.
- 34 Darstellung nach: Deutsche Krankenkassen-Zeitung, 1908, S. 202; das sog. Genter-System der Arbeitslosenunterstützung wurde zuerst 1900 in der Stadt Gent auf Veranlassung von Louis Varlez angewandt und bestand in einem System des Zuschusses aus öffentlichen Mitteln zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung. Die erste deutsche Stadt, die es einführte, war Straßburg im Elsaß, vgl. Wermel, Michael T. und Roswitha Urban: Arbeitslosenfürsorge und Arbeitslosenversicherung in Deutschland, Bd. 1, München 1949, S. 82, Varlez, Louis: Kommunale Versicherung gegen Arbeitslosigkeit in Gent, Soziale Praxis, 9. Jg. 1899/1900, Sp. 1137.
- 35 Über die Entwicklung der Ambulatorien und den Anteil Albert Kohns daran finden sich nähere Informationen in der Geschichte der Selbstverwaltung in der Krankenversicherung (Anm. 5), einige Ausführungen auch bei Tennstedt, Florian: Sozialgeschichte der Sozialversicherung, in: Blohmke, Maria u. a. (Hrsg.): Handbuch der Sozialmedizin, Bd. 3, Stuttgart 1976, S. 385 (398 f.). Aus diesem Grunde wird hier auf eine ausführlichere, von der Sache

Am 1. 4. 1925 trat Albert Kohn aufgrund der gegen Ende der Inflationszeit, d. h. in Preußen am 8. 2. 1924, erlassenen Personalabbauverordnung als Direktor der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin in den Ruhestand. Seine ehrenamtliche Tätigkeit als Referent und Berater ruhte jedoch nicht. Vor allem begann er, die Geschichte der Krankenversicherung in Deutschland zu schreiben, an deren Gestaltung er so aktiv mitgewirkt hatte. Leider hat er diese letzte Arbeit nicht vollenden können; Kohn starb am 15. 12. 1926. In der Trauerfeier wurde deutlich, daß sein Wirken auch über den Kreis der Krankenkassenbewegung, der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie hinaus Anerkennung gefunden hatte: Neben Vertretern dieser Organisationen hielten auch Vertreter der Stadt Berlin, der republikanischen Parteien und der Organisationen der Ärzteschaft Ansprachen. Das „Berliner Tageblatt“ meldete, daß ein Redner das Werk von Albert Kohn mit folgenden Worten umrissen habe: „Wenn heute viele tausend Mütter die eben geborenen Säuglinge nicht sofort der Erde wiedergeben müssen, dann verdanken sie es der Arbeit dieses Mannes“, und führte über das Lebenswerk von Albert Kohn selbst aus: „Andere haben lautere Erfolge gehabt, niemand aber schönere“³⁶.

Heute, fünfzig Jahre nach dem Tod von Albert Kohn, haben sich die sozialen Probleme, die zu Krankheiten führen, und die Krankheiten selbst gewandelt; auch von einer politisch orientierten, aus der Selbstverwaltung hervorgegangenen Krankenkassenbewegung wird man schwerlich sprechen können. Und doch stehen die sozialen Bedingungen von Krankheiten und die Prophylaxe von Krankheiten wieder im Vordergrund des Interesses, und wiederum versuchen die Krankenkassen, mit Hilfe von Forschung den anstehenden, durch den

her eigentlich gebotene Darstellung verzichtet.

- 36 Eine Bibliographie der Veröffentlichungen von Albert Kohn soll hier nicht versucht werden. Albert Kohn veröffentlichte überwiegend Zeitschriftenartikel zu aktuellen Fragen in folgenden Zeitschriften: Deutsche Krankenkassen-Zeitung, Berlin (Sydow): 1901–1921, Volkstümliche Zeitschrift für praktische Arbeiterversicherung, Organ des Zentralverbandes der Angestellten, Cottbus (später) Berlin: 1901–1920; Ortskrankenkasse, Dresden: 1914–1924, fortgesetzt u. a. T.: Deutsche Krankenkasse, Berlin: 1925–1932. Von seinen Buchveröffentlichungen seien (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) genannt: Unsere Wohnungsuntersuchungen, Berlin 1902–1922; Arbeiterversicherung und Alkoholismus, Berlin o. J.; Die künftige Gestaltung der vorbeugenden Tätigkeit der Krankenkassen, 2. Aufl. Berlin 1917; größere Abschnitte hat er verfaßt in: 25 Jahre Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, Dresden 1919, und in Möllers, Bernhard: Gesundheitswesen und Wohlfahrtspflege im Deutschen Reiche, Berlin 1923.

Kostendruck manifest gewordenen Problemen gerecht zu werden. Damit nicht alles gar zu neu erscheint, lohnt sich ein Blick in die Geschichte der Krankenversicherung, und keiner kann bezweifeln, daß der erste und bisher erfolgreichste Anstoß in diese Richtung der Krankenkassenpolitik nicht von einem durch Kostendruck geplagten Sozialpolitiker oder einem der bekannten Sozialmediziner ausging, sondern von einem Freund der Kranken – und dieses war *Albert Kohn*³⁷.

37 Die von allen Seiten bezeugte warmherzige Persönlichkeit Albert Kohns mit viel menschlichem Pathos hat dazu beigetragen, daß er nicht nur bei seinen Freunden und Mitarbeitern „Vater Kohn“ war, sondern auch bei den vielen Kranken der Berliner AOK ein beliebter Mann war. Dafür ist vielleicht u. a. ein Indiz die überwältigende Teilnahme der Bevölkerung an der Trauerfeier in dem großen, überfüllten Krematorium in der Gerichtsstraße im Berliner Wedding, bei der sogar die Familie ins Gedränge kam. Seine Familie ließ auf seinen Grabstein die Goethe-Worte einmeißeln: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut.“

Anschrift der Verfasser: Gesamthochschule Kassel, Organisationseinheit Sozialwesen, 35 Kassel, Heinrich-Plett-Str. 40 (Prof. Tennstedt)